

17. Juni 1953

Konterrevolutionärer Putschversuch gescheitert – die Kluft zur Arbeiterklasse vergrößert

Am 17. Juni 1953 wurde in der DDR sichtbar, dass sich die Kluft zwischen der SED und der Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vergrößert hatte. Der 17. Juni war zwar, wie aus seiner Durchführung, seinen Zielen und seiner Planmäßigkeit eindeutig hervorging, ein von den Imperialisten und ihren Agenten gelenkter konterrevolutionärer Putschversuch. Aber er hätte niemals seine relative Breite auch im Proletariat erreichen können, wenn er nicht auf die Unzufriedenheit großer Teile der Werktätigen gestoßen wäre, die sahen, dass, während sie aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan den Sozialismus aufgebaut hatten, sich eine neue bevorzugte Schicht herausgebildet hatte. Ein Teil der höheren Partei- und Staatsfunktionäre, bürgerliche Spezialisten und Intellektuelle genossen zunehmende Privilegien, während für das werktätige Volk die Normen erhöht wurden.

Gegen den Widerstand der Marxisten-Leninisten in der SED, die nach dem 17. Juni verstärkt forderten, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, das Steuer herumzureißen und die Volksmassen gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Sozialismus zu mobilisieren, hielt die Ulbricht-Clique am revisionistischen Kurs fest, administrierte und dekreditierte weiter, blockte berechnete Kritik von unten ab. Die hohen Lohnunterschiede wurden nicht abgebaut, sondern vergrößert, die Politik des materiellen Anreizes verstärkt, Bürokratie und Korruption wurden nicht nur weiterhin geduldet, sondern dehnten sich aus. Krasser



Protestaktion am 17. Juni 1954, Ort unbekannt

Ausdruck dieser Politik war die Erklärung der Ulbricht-Administration nach dem 17. Juni, „das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren“. Der konterrevolutionäre Putsch der Chruschtschow-Clique 1956 in der Sowjetunion beschleunigte auch die Entartung in der DDR. Jetzt kamen die vorher noch versteckten revisionistischen Tendenzen an die Oberfläche. Ulbricht übernahm voll und ganz die konterrevolutionären Thesen des Chruschtschow-Revisionismus. Wie Chruschtschow propagierte Ulbricht die Theorie des „friedlichen Wettbewerbs“, das wirtschaftliche Ein- und Überholen der Bundesrepublik in wenigen Jahren, die Theorie der Produktivkräfte, nach der nicht der Klassenkampf, sondern nur die Steigerung der Produktion durch technischen Fortschritt das Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus sein soll. Wie Chruschtschow propagierte Ulbricht den Gulaschkommunismus, nach dem nicht die Frage, welche Klasse die Diktatur ausübt, sondern nur die Menge der zur individuellen Konsumtion zur Verfügung stehenden Waren das entscheidende Kriterium für die sozialistische Entwicklung sein soll.

Diese Erkenntnisse beweisen das die revisionistische Entartung der SED schon lange vor 1953 begonnen hat was heute von sehr vielen Kommunisten bestritten wird. Deshalb werde ich in Kürze versuchen näher darauf ein zu gehen und mit einer kleinen Reihe von Beiträgen unter dem Haupttitel »Sozialismus geht anders« die Erkenntnisse und Standpunkte der revolutionären Marxisten-Leninisten in Deutschland zu erläutern. Meinen aufrichtigen Dank gilt dabei den Magdeburger Genossen, die für jeden verständlich zusammengefasst und formuliert haben, was wir uns in Jahren erarbeitet haben und was ich denke.

Heute möchte ich Euch einen sehr interessanten und spannenden Bericht der Genossin Waltraud Aust vorstellen, der sich mit den Vorgängen am 17. Juni 1953 in Berlin befasst.

Waltraud Aust (Quelle »Kommunistische Hefte«, theoretisches Organ der KPD 1983)

Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt **Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin**

„Schreib' uns Deine Erlebnisse vom 17. Juni und wie es dazu kam, Du warst doch damals dabei“, bat mich der Redakteur der `Kommunistischen Hefte'. - Ja, wie war die Lage damals konkret? Am 17. Juni und davor? In Jena, Ostberlin, in Magdeburg, Leuna oder Bitterfeld? Was waren die Ursachen dafür, dass sich in diesen Städten und in vielen anderen Orten der DDR zwar nicht die Masse, doch immerhin über 300.000 von fünf Millionen Arbeitern und Angestellten an den Streiks, Aktionen und Protestdemonstrationen beteiligten? - Ich lebte damals in Ostberlin, war 18 Jahre alt und politisch in der DDR erzogen worden, in den Jungen Pionieren, der FDJ, der Volkspolizei, der SED. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, möchte ich versuchen, anhand eigener Erlebnisse in Ostberlin die Situation von damals, vor und während des 17. Juni zu schildern.

Die äußere Situation

Wie sah es damals aus in der DDR, als sie noch ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und Blicke nicht nur der Werktätigen in Westdeutschland, sondern ganz Europas richteten? Das Eigentum der Kriegsverbrecher war beschlagnahmt worden, die Monopole restlos beseitigt. Die Verkehrsmittel, die Banken, 70 Prozent der Industrie waren vergesellschaftet. Die Bodenreform begann schon im Herbst 1946. An die 7.000 Güter und 3.000 Besitzungen wurden enteignet. 2 Millionen Hektar Land wurden an über 500.000 landlose und landarme Bauern verteilt und 1.000 volkseigene Güter geschaffen. - Das alles waren Maßnahmen, die noch im Potsdamer Abkommen beschlossen waren und ein guter Start für den Aufbau des Sozialismus. Die spalterische Politik der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, die im September 1949 die Bonner Republik ausriefen, führte im Oktober 1949 zur Gründung der DDR. Dieser Schritt wurde von vielen Menschen begrüßt. Es war ein neuer Anfang in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dass erstmals die Arbeiter die Macht hatten. Die Jahre nach dem Krieg waren harte Jahre für die DDR. Die vor der Roten Armee zurückweichenden Faschisten hatten Industrieanlagen, Verkehrswege und Werke zerstört. Die Amerikaner warfen angesichts des Vormarsches der Roten Armee auf Leuna und andere Betriebe ihre Bomben. Die Imperialisten hatten Industrieanlagen, Unterlagen und selbst Personal aus der DDR nach Westen verlagert. Ein schwerer Schlag für die DDR, die keine eigene Schwerindustrie besaß, war es, dass die Imperialisten das Ruhrgebiet und das Saarland von der DDR abschnitten. Aus den Trümmern, aus dem Stand Null musste die DDR die Betriebe aufbauen. Und nicht nur die Betriebe. Viele kommunale Probleme mussten gelöst werden, die Schulen, die Behörden und Verwaltungen, alles musste wieder in die Gänge kommen. Doch wer konnte leiten, lehren, planen, organisieren? Eigene, in sozialistischer Planwirtschaft ausgebildete Fachkräfte gab es noch nicht. Die DDR musste sich in erster Linie auf die vorhandene bürgerliche technische Intelligenz stützen. Politisch war die Führung ebenso schwierig. Nur wenige Kommunisten und revolutionäre Sozialdemokraten waren der faschistischen Verfolgung entkommen. Die meisten Kader der KPD und SPD hatten die Nazis in Konzentrationslagern und Gefängnissen ermordet. So mussten viele andere fortschrittliche Menschen Aufgaben übernehmen, auch wenn sie nicht ideologisch geschult oder noch sehr jung waren. In vielen Positionen wurden auch sogenannte Antifaschüler eingesetzt. Das waren ehemalige deutsche Soldaten, die in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft antifaschistische Schulen besucht hatten. Die meisten allerdings hatten sich nicht aus Überzeugung zu dieser antifaschistischen Schulung gemeldet, sondern aus opportunistischen Gründen, einfach, um durch die Teilnahme nicht arbeiten zu müssen, um mehr Essen zu erhalten, um früher entlassen zu werden. Nicht wenige dieser Antifaschüler wurden später in ihren Funktionen schnell zu Karrieristen und Bonzen. Sofort, nach der Teilung Deutschlands durch die Westmächte wurde in der Nähe von Frankfurt/Oder das Hüttenwerk J. W. Stalin errichtet. Der erste Hochofen wurde 1951 angeblasen. Im gleichen Jahr entstand das Eisenhüttenwerk West an der Saale. In Stralsund, Wismar und Warnemünde wurden große Werften erbaut. Neue Walzstraßen in Riesa, Hennigsdorf, der Maxhütte. Die Textil- und Leichtindustrie wurde wieder aufgebaut, der Braunkohlenabbau wiederaufgenommen. Trotz der vielen Engpässe, die es überall gab, trotz der schlechten Ernährungslage - die Rationen auf den Lebensmittelkarten waren so knapp bemessen, dass für 1 1/2 Millionen Betriebsarbeiter täglich ein zusätzliches Mittagessen ausgegeben werden musste -, ging es aufwärts.

Und große Teile der Bevölkerung nahmen mit Schwung am Aufbau teil, und auch am politischen Leben. Der erste deutsche Volkskongress Ende 1947, der unter der Losung „Für Einheit und gerechten Frieden“ stattfand und die anschließende Volkskongress-bewegung erfassten fast die gesamte Bevölkerung. In den Betrieben, Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone wurden ständige Komitees der Volkskongressbewegung gebildet. Die Mitarbeit in diesen Komitees, die Diskussionen in den Versammlungen und die Teilnahmen waren rege und lebendig. Ich erinnere mich an Gespräche im Elternhaus und in der Nachbarschaft, wo man positiv über die neue Entwicklung diskutierte, obwohl man kurz nach Kriegsende noch sehr skeptisch war. Kampagnen und Ereignisse wurden von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.

Eine gewaltige Leistung anlässlich der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 war zum Beispiel die Unterbringung und Versorgung der rund 2

Millionen Gäste in Ostberlin. Hier zeigte sich besonders anschaulich die damals noch vorhandene breite Solidarisierung der Ostberliner Bevölkerung mit ihrem sozialistischen Staat. Hunderttausende nahmen trotz zumeist eigener beengter Wohnverhältnisse die jungen Gäste auf. Auch an politischen Kampagnen beteiligte sich die Bevölkerung aktiv, so am Kampf um den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. Das war äußerst günstig für die junge DDR, denn immerhin hatte das Volk ja keine Revolution gemacht, sondern war befreit worden. Wie konnte es also kommen, dass zwei Jahre später, am 17. Juni 1953, wenigstens ein Teil derer, die damals noch für den Aufbau des Sozialismus waren, sich von der Konterrevolution missbrauchen ließen?

Berlin

Den 17. Juni muss man im Zusammenhang mit der besonderen Situation in Berlin sehen. Berlin, eine Stadt, aufgeteilt von den Besatzungsmächten in vier Sektoren, den englischen, den französischen, den amerikanischen und den sowjetischen. Besetzt von den jeweiligen Truppen. Eine Stadt also, in der in den drei Westsektoren, in Westberlin, die kapitalistischen Interessenvertreter - eng verbunden mit den Konzernherren, Großgrundbesitzern und Monopolisten, die sich kurz vor Kriegsende nach Westdeutschland abgesetzt hatten - herrschten. Und auf der anderen Seite, in Ostberlin unter sowjetischer Verwaltung, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, selbständig und unter den schwierigsten Bedingungen, großen Entbehrungen und Opfer den Sozialismus aufbauend. Vom ersten Tag nach der Niederlage des Faschismus an arbeiteten die Interessenvertreter der Großgrundbesitzer und Konzernherren - wie beispielsweise in Westdeutschland Adenauer, Kaiser und Blank - darauf hin, die volkseigenen Betriebe und den enteigneten Boden der Großgrundbesitzer in der DDR wieder in ihren Besitz zu bekommen. Dazu schien ihnen Ostberlin als Hebel geeignet zu sein. Denn man konnte leicht, ungehindert und zu jeder Zeit aus dem amerikanischen, französischen oder englischen Sektor in den sowjetischen Sektor, also nach Ostberlin fahren oder gehen. Es gab keine „Mauer“, Passierscheine brauchte man nicht. Eine Ausweiskontrolle fand nur ab und zu statt. Der kontinuierliche Wiederaufbau der Betriebe, der Landwirtschaft, die Erfolge im Aufbau einer eigenen Schwerindustrie und andere positive Entwicklungen waren den Imperialisten im Westen ein Dorn im Auge. Den Zweijahresplan hatte die DDR-Bevölkerung vorfristig erfüllt. Nun ging es an den ersten Fünfjahrplan, der von 1951 bis 1955 eine enorme Weiterentwicklung auf allen Ebenen bringen sollte. So wie der zweite Fünfjahresplan der Sowjetunion 1929 den Imperialismus zum Zittern und die Börse in New York sogar mit zum Krachen brachte, so fuhr nun der erste Fünfjahrplan der DDR den Imperialisten im Westen in die Knochen. Von nun an hieß es, verstärkt den Aufbau der DDR zu stören. Ein sozialistisches Land durften sie nicht dulden. Dazu benutzten sie Westberlin.



Anstich in der Maxhütte

Durch angeworbene Agenten und Provokateure, „Rias“-Hetze und -Lügen, Bestechung und Korruption, versuchte man von Westberlin aus Stimmung unter der Ostberliner Bevölkerung zu machen und Einfluss zu gewinnen. Hatten die diversen von Bonn ausgehaltenen Geheimdienste und Agentenorganisationen Ostberliner Bürger für ihre Zwecke gewonnen, so schickten sie diese, die ja ohne besondere Genehmigung von Ostberlin aus in die DDR einreisen konnten, nach Mecklenburg, Sachsen, usw., um hier Wühlarbeit gegen die DDR und den Aufbau des Sozialismus zu betreiben. Aber es gab auch noch andere Schwierigkeiten. Da war einmal das große Problem des sogenannten Schwindelkurses, Westgeld wurde 1 zu 5, 1 zu 6, 1 zu 7, ja zeitweise 1 zu 8 gegen Ostgeld umgetauscht. Nicht wenige Ostberliner arbeiteten damals legal in Westberlin, erhielten einen Teil ihres Lohnes in Ostmark und einen Teil in Westmark. Das Westgeld wurde zum jeweiligen Kurs umgetauscht, und man lebte in Ostberlin gut davon. Lehrstellen waren in Ostberlin damals noch rar, auch in Westberlin. Aber Ostberliner Jungen und Mädchen wurden in Westberlin bevorzugt als Lehrlinge eingestellt. Andere Ostberliner arbeiteten am Wochenende schwarz in Westberlin. Dies waren in erster Linie Facharbeiter, die dort benötigt wurden. Auch viele Westberliner tauschten ihr Geld in Ostgeld um, fuhren nach Ostberlin und kauften dort, was sie ohne Lebensmittelkarten erhielten. Viele Familien in Ostberlin, besonders in den Randgebieten, hatten Hühner und Kleinvieh. Eier und auch nicht selten Kaninchen wurden auf Westberliner Märkten für Westgeld verkauft, dieses dann umgetauscht, und zurück ging es nach Ostberlin. Und nicht nur dies. Im Herbst 1952 wurden zum Beispiel im Bezirk Köpenick zentnerweise Fleisch- und Wurstwaren bei einer Ostberliner Familie beschlagnahmt, die aus mecklenburger Bauernhöfen stammten und in Westberlin verscheuert werden sollten. Und das war nur ein Fall von vielen. Westberlin galt als das Schaufenster des Westens. Viele Waren waren wesentlich billiger als in Westdeutschland. Der Preisunterschied wurde durch die Steuern der westdeutschen Werktätigen getragen. Um an Westgeld ran zukommen, gingen einige verbrecherische Elemente sogar soweit, von öffentlichen Einrichtungen in Ostberlin Kupfer und andere brauchbare Metalle zu stehlen und ebenfalls nach Westberlin zu verscheuern. Sabotageakte und Diebstähle in den volkseigenen Betrieben nahmen ab 1951 im erheblichen Maße zu.

Agenten und Provokateure

Parallel zu solchen und ähnlichen Schiebereien, die die Ostberliner und darüber hinaus die gesamte DDR-Wirtschaft erheblich schwächten, kam die organisierte Hetze durch den Rias (Rundfunk im amerikanischen Sektor) und die durch den amerikanischen CIA und andere Agentenorganisationen massenhaft verbreiteten Hetzbroschüren und Flugblätter, die zur Sabotage gegen die DDR Wirtschaft, zum Sturz der Regierung aufriefen und antikommunistische Hetze verbreiteten. Axel Springer war schon damals, wenn auch noch in den Anfängen, kein Verleger im üblichen Sinne. Sein fester Platz im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen war ihm durch die Bourgeoisie zugewiesen: Hetze, Lüge, Verleumdung des Kommunismus, brutal, primitiv, zügellos. Die persönliche und direkte Anwerbung von Agenten und Provokateuren spielte ebenfalls eine große Rolle. Solche Anwerbungen wurden besonders unter den Jugendlichen versucht. In den Ostberliner Tanzlokalen und Restaurants hielten sich haufenweise Westberliner Agenten auf. Es wurden hier kostenlos Karten für Kinoveranstaltungen in Westberlin verschenkt oder Einladungen für andere Vergnügen in Westberlin, die zu besuchen Jugendliche, waren sie noch Lehrlinge und verfügten sie über wenig Geld, nicht abgeneigt waren, natürlich wurde nicht jeder Agent oder Spion, aber es war ein Weg, leichter an empfängliche Personen heranzukommen und andere unsicher zu machen. Eine andere wesentliche Methode der Anwerbung von Agenten war die der amerikanischen „Lebensmittelhilfe“. Das waren die sogenannten Care-Pakete. Hier erhielten Ostberliner per Post oder auch persönlich in den Briefkasten gesteckt, die Mitteilung, sich dort und dort in Westberlin ein Lebensmittelpaket abzuholen. Die meisten taten dies, schon wegen der Luxus-Artikel wie Kaffee, Schokolade, die damals in der DDR neben der allgemeinen Lebensmittelknappheit gar nicht zu kaufen waren. Und man brauchte ja keine Weltreise zu machen. Für 20 Pfennig Fahrgeld ein paar U-Bahn-Stationen bis nach Westberlin, dafür dann umsonst ein Paket mit Lebensmitteln, Kaffee und Schokolade und sicher Zigaretten. Das lohnte sich. Nur wenige sehen, dass hiermit eine Agentenwerbung verbunden war. Und auch hier pickte man sich natürlich nur einige, nutzbare Elemente heraus.

Es kam dem amerikanischen CIA auch darauf an, mit diesen Paket-Aktionen Stimmung gegen die DDR-Regierung zu machen. So sollte zum Beispiel die Jugend mit Care-Paketen von ihrem Pfingsttreffen 1950 abgehalten werden. Am 27. Mai 1950 veröffentlichte das offizielle Blatt der amerikanischen Militärverwaltung in Westberlin, „Neue Zeitung“, folgende Meldung: „New York (DPA). Alle Amerikaner werden aufgefordert, noch heute insgesamt 100 000 Dollar zu spenden, damit die Hilfsorganisation (gemeint ist die Care-

Organisation) dem Berliner Oberbürgermeister Prof. Ernst Reuter noch vor dem FDJ-Pfingstaufmarsch über den Erfolg berichten kann.“

Um den Aufbau der DDR zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, erhielten die angeworbenen Agenten alle nur denkbaren Aufträge: Zerstörung von Maschinen und Transformatoren, Adressen leitender Funktionäre zu sammeln, Berichte von Konferenzen anzufertigen, Werksspionage zu betreiben, Stärke und Bewaffnung der sowjetischen Truppen und der Kasernierten Volkspolizei auszuspionieren, Viehbestände durch Pestbazillen auszurotten, Drohbriefe und Warnungen an Bürger zu verschicken, Hetzschriften und Flugblätter zu verteilen, gefälschte Lebensmittelkarten, Kohlenkarten in Umlauf zu bringen, Verkehrsnetze zu zerstören, Brücken zu sprengen, Eisenbahnstrecken unbrauchbar zu machen, Produktionsabläufe zu stören, Wirtschaftspläne zu desorganisieren, mit gefälschten Briefbögen, besonders der Ministerien und Organisationen zu arbeiten und immer wieder und in erster Linie Menschen abzuwerben nach Westdeutschland, natürlich hauptsächlich Facharbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz. Neben hohen Honoraren für ihre Arbeit überhaupt erhielten die angeworbenen Agenten noch für jeden, den sie abwerben konnten, ein Kopfgeld. Für einen Wissenschaftler, Ingenieur oder Facharbeiter zum Beispiel je 100,- DM.

Alle diese Agenten bekamen ihre Aufträge von Westberliner Organisationen. Solcher Art Organisationen soll es damals über 80 in Westberlin gegeben haben. Ich erinnere mich hier an die aktivste, brutalste und wahrscheinlich auch größte, an die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), vom USA-Geheimdienst ins Leben gerufen. Aus der Reihe der zahlreichen Verbrechen der „KgU“, die damals in Prozessen behandelt wurden, seien hier kurz erwähnt: Mehrere Eisenbahnattentate auf der Strecke Magdeburg-Dessau. Zahlreiche Personen wurden hierbei verletzt.

Die größte Hydraulikpresse der DDR im Ernst-Thälmann-Werk in Magdeburg sollte gesprengt werden. Die Hauptturbine sowie der größte Schornstein der Filmfabrik Wolfen sollten durch Sprengung vernichtet werden. Durch Säure wurden im VEB-Kombinat „Otto Grotewohl“ in Bohlen zahlreiche Motoren von Lastkraftwagen zerstört. Die Autobahnbrücke bei Finowfurt, die über den Großschiffahrtskanal führt, wurde mittels Phosphorampullen in Brand gesteckt und die Paretzer Schleuse im Nauener Kanal zur Sprengung vorbereitet. Die Schiffswerft Angermünde und ein Hochspannungsmast der Stromleitung nach Güstrow sollten durch Sprengung vernichtet werden. Ein Ausstellungspavillon in Dresden wurde durch Sprengbüchsen mit Verzögerungsuhr zerstört. Die Diversionsgruppe „Admiral“ hatte den Auftrag, Waldbestände im Erzgebirge durch Brandstiftung mit Benzin Phosphor und Nitroflüssigkeit zu vernichten. Mit vier Flaschen Säure sollten die Transmissionsriemen und Maschinen im VEB-Feintuch, Finsterwalde, zerstört werden. Man könnte Bände füllen, mit all dem, was damals alles von Westberlin aus gegen die DDR unternommen wurde. Wie groß allein die amerikanischen „Investitionen“ in dieses blutige Geschäft waren, schreibt die Zeitung „Rheinische Post“ am 1. September 1961: „In der Auslandshilfe (der USA) ist ein sorgfältig verschleierter Posten in Höhe von Millionen Dollar enthalten, der für antikommunistische Aktionen in Europa vorgesehen ist. Einzelheiten werden streng geheim gehalten.“

Angesichts dieser Tatsachen könnte man die allerdings hypothetische Frage stellen: wäre es nicht richtiger gewesen, 1950 eine Mauer zu bauen, um sie 1960 wieder abreißen zu können? Auf der anderen Seite hätte eine Mauer 1950 die damals noch vorhandenen Bestrebungen (der DDR) der Wiedervereinigung erheblich behindert.

Unzufriedenheit bei den Arbeitern

Die Vorbereitung auf den Tag X durch den Westen mit allen erdenklichen Mitteln, das war die eine Seite der Medaille. Die andere Seite war, dass die Arbeiter mit Zuständen in den eigenen Betrieben, mit Zuständen in den Gewerkschaften, mit Zuständen in Staat und Wirtschaft, mit dem Verhalten der Staats- und Parteifunktionäre, mit vielen anderen negativen Erscheinungen, die mit Beginn des Fünfjahresplanes verstärkt auftraten, nicht zufrieden waren. Mit dem Fünfjahresplan, der 1950 in die Wege geleitet und 1951 von der Volkskammer als Gesetz verabschiedet wurde, begannen, so sehe ich es heute, einschneidende Maßnahmen, die von vielen Arbeitern nicht verstanden wurden, und die zur erhöhten Republikflucht führten. Ich selbst war natürlich begeistert, aber was hatte ich schon für Lebenserfahrungen? Ich war Jahrgang 1935. Mit 16, 17, 18 Jahren da fand ich alles richtig und schick. Der Fünfjahresplan sah vor: Bis Ende 1955 muss die Industrieproduktion im

Verhältnis zum Jahr 1950 ein Ausmaß von 190 Prozent erreichen. Das war eine enorme Sache. Das bedeutete für die Betriebe eine ungeheure Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Dazu wurden viele Methoden beschlossen: Veränderung der Arbeitsnormen. Das hieß: Weg von den bisherigen erfahrungsstatistischen Normen und hin zu technisch begründeten Arbeitsnormen; Einführung neuer Arbeitsmethoden; verstärkte Aktivistenbewegung; Massen-Wettbewerbe; Prämien-System; Kampagne zur Einsparung aller Arten von Material; Senkung der Selbstkosten.

Viele Arbeiter standen diesen Maßnahmen skeptisch gegenüber. Und als FDJ'ler und Parteimitglied hatte man Schwierigkeiten, diese Beschlüsse und Entscheidungen zu erläutern. Um Kampagnen oder wichtige Beschlüsse zu erläutern, wurden FDJ'ler und Parteileute oft zeitweise vom normalen Arbeitsplatz freigestellt. Eine solche Freistellung sahen die Kollegen am Arbeitsplatz verständlicherweise nicht gerne, denn sie mussten ja meine Arbeit mitmachen. Ich war damals im TRO (Transformatorenwerk Karl Liebknecht) tätig und musste zum Agitieren in die Lehrwerkstatt, aber auch in andere Abteilungen. Einige Auseinandersetzungen, die die Unzufriedenheit der Arbeiter, auch mehrerer Parteigenossen hervorriefen, habe ich noch genau im Gedächtnis: Die Hälfte der Kantine im TRO war für die Angestellten reserviert gewesen, die an deren Hälfte für die Arbeiter aus der Produktion. Die Tische der Angestellten hatten weiße Tischdecken, die der Arbeiter waren wegen der oft beschmutzten Hände und Kleidung kahl. Arbeiter hatten sich darüber beschwert. Die Beschwerde hatte Erfolg. Alle Tische erhielten weiße Decken mit einer Glasplatte darüber. So war das Schmutzproblem gelöst und es gab auch keine Unterschiede mehr, jeder konnte sich hinsetzen, wo er wollte. Im Zuge des Fünfjahresplanes forderte Walter Ulbricht plötzlich die „Schaffung besonderer Speiseräume“ für die Intelligenz. Viele FDGB-Mitglieder und auch SED-Leute verstanden nun gar nichts mehr, denn da sollten nicht nur die besonderen Kantinen für die Intelligenz geschaffen werden, sondern ein ganzer Katalog von Privilegien für die Intelligenz wurde bekanntgegeben. Gegen die Zurverfügungstellung von kostenloser wissenschaftlicher Literatur, Entwicklungs- und Forschungsstätten, Laboratorien usw. war sicherlich nichts zu sagen, aber sehr wohl gegen die materiellen Privilegien, die nun die Intelligenz erhalten sollte: gesonderte Gehaltsverträge; bessere, gesonderte Wohnungen, Prämienfonds, Ferienorte, Konsumläden wurden benannt, wo die Intelligenz mit Sonderausweisen Lebensmittel kaufen konnte und vieles mehr. Es war nur allzu verständlich, dass Parteigenossen und Gewerkschafter das nicht verstanden. Gegen diesen „Unverstand“ kam die Weisung: „In allen Betriebsabteilungen unserer volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe, in allen Staats-, Wirtschafts- und Verwaltungsorganen müssen offen die Fragen des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Intelligenz besprochen und ein offener Kampf gegen das falsche Verhalten von Genossen oder Gewerkschaftsmitgliedern geführt werden. „Was war wirklich falsch? Falsch war, dass in einem VEB-Betrieb das gesamte Konstruktionsbüro von der Prämienzahlung, die der Betrieb erhalten hatte, ausgeschlossen wurde mit der Begründung, das Konstruktionsbüro ist keine Produktionsstätte. Falsch war, dass Ingenieure und Wissenschaftler wegen ihrer meist bürgerlichen Vergangenheit als „Reaktionäre“ abgestempelt wurden. Und ganz daneben ging es, als im TRO zwei Ingenieure auf die Straße gesetzt wurden, weil sie zwar 'tüchtige Fachleute', aber ideologisch zurückgeblieben waren“.

Diese sektiererischen Fehler, die sicherlich nicht vereinzelt auftraten, berechtigten aber nicht, der Intelligenz besondere Privilegien einzuräumen und nicht die Argumente, man müsse die Intelligenz für den Fünfjahresplan anfeuern und sie mit diesen Privilegien halten. Ehrliche Kritik und Selbstkritik, kameradschaftliche Zusammenarbeit, Bezahlung der Leistung entsprechend, das wäre die Lösung gewesen. Dann hätte auch die Mobilisierung der Arbeiter größere Erfolge gehabt. Die Privilegien waren nicht nur für die Technische Intelligenz gedacht. Auch höhere Parteifunktionäre, Gelehrte und Wissenschaftler, und vor allem Schriftsteller, Künstler und andere Kulturschaffende erhielten ebenfalls diese Privilegien. Ein Redakteur beispielsweise erhielt damals vor dem 17. Juni durchschnittlich 800,- Mark monatlich, während ein Arbeiter ohne Prämie und Akkord mit 150,- Mark monatlich nach Hause ging. Selbst mit Prämien und hoher Normenerfüllung kam er nur auf höchstens 180,- Mark bis 200,- Mark monatlich. Die Schriftsteller wurden besonders gefördert. Ein Student der Literatur erhielt damals monatlich 800,- Mark Unterstützung, neben hohen Grundgehältern erhielten die Kulturschaffenden auch noch Vorlesungshonorare, selbst für den billigsten Schund wie Kriminalromane die sich die Arbeiter auf Leseabenden anhören mussten.

Wen wunderte es da, dass immer mehr Arbeiter der DDR den Rücken kehrten? Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und Gewerkschaft gab es auch im Sommer 1952, als es um Aufgaben der Gewerkschaft ging, und wo man hinterher nicht mehr wusste, was nun eigentlich Trumpf war. Auf einer zentralen

Gewerkschaftstagung wurde den Betriebsgewerkschaftsleitungen vorgeworfen, sie würden sich zuviel in die Angelegenheiten der Werksdirektoren einmischen. Die Direktoren seien in all ihren Handlungen von den Unterschriften der Betriebsgewerkschaften abhängig.

Dieses ständige Dreinreden müsse aufhören. Die Rolle der Betriebsleitungen habe sich gewandelt. In der neuen Periode dürfe man die Aufgaben der Betriebsleitung und der Gewerkschaft nicht mehr miteinander vermischen. Welche neue Periode gemeint war, wurde nicht gesagt. Die Betriebsgewerkschaftsleitung wurde aufgefordert, sich künftig nicht mehr so oft bei der Direktion „einzumischen“. Die Gewerkschaftsfunktionäre im TRO empfanden das als mal hü, mal hott. Was war nun richtig? Früher gab es das Betriebsrätesystem. Die Betriebsräte hatte man 1948/50 aufgelöst, weil es neben diesen Räten die BGL (Betriebs Gewerkschafts-Leitung) gab und gerade sie im sozialistischen Staat mehr mit einbezogen werden sollte in Entscheidungen und Maßnahmen der Werksleitungen, in Pläne für die Betriebe, für die Arbeiter, die Arbeitswelt.

Keiner kam mit dem mehr klar, was nun wieder gesagt wurde. Es ist sicherlich interessant, wenn diese Entscheidungen und Maßnahmen, die damals in Bezug auf die Kompetenzen der Werksdirektoren und der Gewerkschaften getroffen wurden, heute einmal analysiert werden würden. Auch mit der verstärkten Aktivistenbewegung war das so eine Sache. Als Hauptaufgabe der Gewerkschaften wurde ausgegeben, die Hennecke-Bewegung zielbewusster durchzuführen und zu fördern, um dadurch die Arbeitsproduktivität erheblich zu erhöhen. Dazu wurde extra eine Hennecke-Aktivistenkonferenz durchgeführt. Auf Hennecke waren aber viele Arbeiter nicht gut zu sprechen, und die Gewerkschaft hatte es schwer, über Hennecke-Tage zu diskutieren, geschweige denn, sie vorzuschlagen oder durchzuführen. Adolf Hennecke war ein Aktivist, ein Hauer im Steinkohlenrevier, der am 13. Oktober 1948 eine Tagesnorm von 387 Prozent erreicht hatte, ein Pensum von 30 Tonnen Steinkohle. Adolf Hennecke wurde 1949 dafür mit dem Nationalpreis (der mit Geld verbunden ist) ausgezeichnet, er wurde Mitglied des ZK der SED und Mitglied der Volkskammer der DDR, Held der Arbeit und Verdienter Bergmann. Adolf Hennecke wurde oft mit Stachanow, einem Hauer im Donezbecken, der 1935 in der UdSSR an einem Tag 102 Tonnen Steinkohle förderte, verglichen. Doch gab es einen großen Unterschied zwischen Hennecke und Stachanow, über den damals nicht gern gesprochen wurde: Alexej Stachanow förderte die 102 Tonnen während einer Schicht aufgrund verbesserter Arbeitsorganisation und Technisierung. Adolf Hennecke schaffte seine Leistung, die fraglos anzuerkennen ist, allein mit seiner körperlichen Kraft. Diese Spitzenleistung diente als Anlass zur Auslösung der Hennecke-Aktivistenbewegung. Das ununterbrochene Trommeln jedoch, ständig Hennecke-Tage durchzuführen, ging den Arbeitern auf die Nerven. Zumal man von Adolf Hennecke künftig nur noch hörte, wenn er wieder einmal ins befreundete Ausland abgereist war, denn inzwischen war er nämlich längst Abteilungsleiter im Ministerium für Kohle und Energie geworden. Im TRO erlebte ich auch erste Erscheinungen von Schiebung und Korruption. In der DDR gab es damals noch wenig Textilien und Lederwaren zu kaufen. Eines Tages kam aus der Tschechoslowakei eine größere Sendung von Schuhen für die Werkstätigen. Als die Schuhe da waren, ging alles recht geheimnisvoll zu. Zuerst kamen die Frauen der Direktoren dran, obwohl sie gar kein Recht auf diese Schuhe hatten, denn sie waren keine Betriebsangehörigen. Dann bekamen die Sekretärinnen ihre Schuhe. Ein Teil ging an den Parteisekretär, ein anderer Teil an das BGL-Büro. Der Rest wurde an die Betriebsarbeiter verteilt.

Die Art dieser Verteilung löste Missstimmung aus, aber niemand äußerte sie sehr laut. Im Spätsommer 1952 wurde eine Kampagne durchgeführt, um die Volkspolizei, die noch sehr jung war, zu stärken. Es war für viele Parteimitglieder selbstverständlich, sich zu melden. So ging auch ich zur Volkspolizei. Ich wurde in Berlin-Oberschöneweide eingesetzt. Und hier erlebte ich wieder merkwürdige Praktiken. Die Menschen, die 1952 in den Westen gingen, waren im Gegensatz zu späteren Fluchtbewegungen meistens Menschen aus überwiegend kleinbürgerlichen Verhältnissen: Ärzte, Handwerker, Großbauern, Technokraten. Wer das Verlassen ihrer Wohnungen, Werkstätten, Praxen usw. zuerst bemerkte, war die Volkspolizei. Oft wurde die Polizei durch die Bevölkerung benachrichtigt, manchmal kamen von den Besitzern auch selbst Briefe, nachdem sie die Wohnung usw. verlassen hatten. In den meisten Wohnungen war Inventar hinterlassen worden, manche schlugen es vorher kaputt oder machten es auf andere Weise unbrauchbar. Diese Wohnungen und Häuser wurden dann, bis die Sache behördlich geregelt war, von der Volkspolizei versiegelt. Es ist in dieser Zeit häufiger vorgekommen, dass die Abschnittsbevollmächtigten, die ABV, (das waren die Polizisten, die in den Straßen Streife liefen und einen bestimmten Abschnitt zu betreuen hatten), im guten Einvernehmen mit ihrem Revierleiter sich einen Teil der Möbel aneigneten. Sie hatten auch häufiger die Finger darauf, wer in diese Häuser - oft waren es Villen - einziehen durfte. Natürlich solche, die sich erkenntlich zeigten. Auch wenn ab und zu solche Fälle bestraft wurden und die Presse darüber berichtete, so wurde doch keine Kampagne gegen solche Erscheinungen geführt,

geschweige denn, dass man die Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft mobilisierte.

Und es gab hunderte anderer Erscheinungen: Arroganz und Überheblichkeit der Parteifunktionäre, Streber- und Kriechertum, Kopfnicker und Ja-Sager, Befehlsempfänger, Aufgeblasenheit und Verschleierung von Fehlern. Es wurde beschönigt und gelobhudelt.

Waren schwerwiegende Fehler von Parteifunktionären wirklich nicht mehr zu verdecken, so wurden sie weg gelobt, auf Parteischulen abgeschoben oder erhielten andere Posten. Sie fielen immer nach oben. All das brachte der Wirtschaft viel Schaden. Nur selten kamen Bürokratie und Misswirtschaft ans Tageslicht, wie diese: In der LOWA-Görlitz herrschte großer Unwille unter den Arbeitern, weil dort achtzehnmal die Planaufgabe geändert wurde. Oder: Die Landesregierung Brandenburg versandte in 14 Monaten insgesamt 2959 Rundschreiben an die Landräte und Bürgermeister, das heißt pro Tag 8 1/2 Rundschreiben. Wer sollte das lesen und weiter verarbeiten? Das alles blieb den Arbeitern nicht verborgen. Aber sie wussten keinen Ausweg, es zu ändern. Viele glaubten noch an Anfangsschwierigkeiten in der Aufbauphase. Dass es keine Anfangsschwierigkeiten waren, sondern dass es um prinzipielle Dinge ging, merkten die meisten Arbeiter kurz vor dem 17. Juni, als die DDR-Regierung auf administrativem Weg, ohne die Arbeiter in einer Kampagne vorher darüber zu befragen, die Betriebe zwingen wollte, die Arbeitsnormen um 10 Prozent zu erhöhen. Dieser Fehler wurde von den Agentenorganisationen sofort ausgenutzt, um ihre Provokation, den Tag X, den sie schon lange vorbereitet hatten, zu starten.

Der Tag „X“

Ich arbeitete zu diesem Zeitpunkt im Betrieb Kabelwerk Oberspree, auch KWO genannt, ebenfalls in Berlin-Oberschöneweide gelegen. Bei der Volkspolizei musste ich aufhören, weil mein Vater die DDR, wie viele andere, verlassen hatte und bei der Volkspolizei keiner beschäftigt werden durften, deren Angehörige „republikflüchtig“ waren. Mein Vater, Arbeiter im TRO, war nie Antikommunist, aber auch kein Anhänger der DDR gewesen. Er hatte aber auch nichts dagegen, dass ich mich aktiv und begeistert für den Aufbau des Sozialismus einsetzte. Doch Missstände und Dinge, die ihm nicht gefielen, kritisierte er offen. Er wurde verhaftet und wegen seiner schweren Kriegsverletzung wieder frei gelassen. Woche für Woche wurde er jedoch aufgefordert, zum Verhör zu erscheinen. Er zog die Konsequenz und ging nach Westberlin.



Kabelwerk Oberspree in Berlin-Oberschöneweide

Im KWO war ich in der Thälmann-Brigade. Wir arbeiteten an Spritzmaschinen, die um Draht eine Isoliermasse legten, der dann auf Kabeltrommeln aufgerollt wurde. In der Brigade arbeiteten fünf Kollegen, drei an Maschinen, ein Materialzubringer, der Brigadier, der das Endprodukt kontrollierte. Wir arbeiteten in zwei Schichten. Unsere Brigade fuhr immer 20 bis 30 Prozent über die Norm, an manchen Tagen, wenn das Material gut war und es keinen Ausschuss gab, sogar 70 bis 80 Prozent. Um auf eine gute Prämie zu kommen, einigten wir uns manchmal und arbeiteten in der Nachmittagsschicht 1/2 Stunde länger. Unsere Brigade schien eine fortschrittliche Brigade zu sein, denn von den fünf Kollegen waren zwei in der SED und einer in der FDJ. Trotzdem gab es, als die Meister mit den Brigadiers über die neue Normerhöhung sprachen, bei uns helle Aufregung. Immerhin hatten wir zum 1. Mai freiwillig die Normen erheblich überfüllt. Diese spontane Erregung legte sich jedoch schnell wieder, denn bei genauer Überlegung war es für unsere Brigade keine sehr große Anstrengung. Was zurückblieb, war der Ärger über die Art und Weise, wie der Beschluss über die Normenerhöhung zustande kam, das passte uns nicht. Der Beschluss war schon Ende Mai für die gesamten Industriebetriebe im Zuge des „Neuen Kurses“ gefasst worden. Der „Neue Kurs“ sah die Verbesserung der

wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung vor. Wir im KWO, in unserer Brigade, hörten von dem Beschluss erst einige Tage vor dem 17. Juni. Vorher war zwar Gemurmel da, aber nichts Offizielles. Das empfanden wir als Hintergehen, als Heimlichkeit und Unehrlichkeit. Und so war es ja auch. Bei dieser Normenerhöhung war nichts von der Diktatur der Arbeiterklasse zu spüren. Sie wurde nicht befragt und um ihre Vorschläge gebeten. Das war es, was einen Teil der Arbeiter so in Empörung versetzte. Waren zudem noch Meister, Brigadiere oder Parteigenossen, mit denen über die Normenerhöhung diskutiert wurde oder die sie sogar mit durchsetzen sollten, noch unbeliebt, so kam es schon hier und da zu Protestaktionen. Und es war nicht nur die geplante Normenerhöhung, die die Unzufriedenheit der Arbeiter wachsen ließ, besonders empörte es sie, dass, während man ihnen zumutete, für das gleiche Geld mehr zu arbeiten, die Gehälter der Bürokraten, der Technischen Intelligenz, der Funktionäre, Direktoren und bürgerlichen Experten nicht gesenkt, sondern sogar noch erhöht wurden. All das zusammen machte es dem CIA leicht, jetzt den Tag X auszurufen, auf den er solange gewartet hatte. Die Rücknahme der geplanten Normenerhöhung am 16. Juni kam da zu spät.

Unsere Brigade hatte beschlossen, die Normenerhöhung durchzuführen. Außer dem Materialzubringer waren wir anderen vier damit einverstanden. Die Parteigenossen sollten jedoch auf der nächsten Zusammenkunft mit der Parteileitung gegen die Art und Weise, wie dieser Beschluss zustande gekommen war, protestieren. Doch dazu kam es nicht mehr.

16. Juni - Demonstrationen in der Stalinallee

Am 16. Juni wurde in unserer Brigade und darüber hinaus in der gesamten Abteilung darüber gesprochen, dass Bauarbeiter auf der Stalinallee gegen die Normenerhöhung in Form einer Demonstration protestiert hätten. Das schien uns noch keine weltbewegende Sache zu sein, denn es war nicht von anderen Betrieben die Rede. Die Bauarbeiter auf der Stalinallee waren nicht unbedarft. Hier sammelten sich des öfteren Gruppen und diskutierten und nicht selten wurden sie provoziert, denn es war ja einfach, auch für Westberliner undurchsichtige Elemente, auf offenen Baustellen, die jeder betreten konnte, Arbeiter anzusprechen. Wir nahmen die Sache nicht so ganz ernst. Nach der Pause der



Großbaustelle Stalinallee

Nachmittagsschicht - das muss so zwischen 18 und 19 Uhr gewesen sein - wurde die Sache schon brenzlicher. Als wir aus dem kleinen Kantinenraum der Abteilung an unseren Arbeitsplatz zurück kamen, fand der Brigadier auf seinem kleinen Schreibpult einen Handzettel mit der Parole „Nieder mit den Normen! Streikt!“ Später wurde vermutet, dass er selbst diesen Handzettel dort hingelegt hätte, um einen Anlass zur Diskussion zu haben. Der Brigadier versuchte, mit uns darüber zu diskutieren, aber es kam keine Diskussion zustande, da wir als Parteigenossen und auch die FDJ'lerin nichts wussten und erst Kontakte zur Parteileitung aufnehmen wollten.

Das war am späten Abend in der zweiten Schicht schlecht möglich. Der Brigadier gab diesen Handzettel dann dem diensttuenden Meister in der Abteilung. Am späten Abend, kurz vor Schichtende, kamen Parteigenossen durch den Betrieb und gaben die Anweisung, dass sich die Parteigenossen alle am nächsten Morgen im Parteibüro zu melden hätten. Aber in der Nacht noch wurden Parteigenossen und fortschrittliche Arbeiter mobilisiert, um eine sogenannte Arbeiterwehr zu bilden. Dies geschah, wie ich später hörte, in einer ganzen Reihe von Betrieben. Am 17. Juni meldeten wir uns im Parteibüro. Die Partei informierte uns, dass gegen die Normenerhöhung in der Innenstadt Demonstrationen stattgefunden hätten und am frühen Morgen des 17. Juni auch andere Provokationen wie Plünderungen von Lebensmittelläden (HO-Läden), Zerstörungen von Partei- und Gewerkschaftsbüros u. ä. vorgekommen waren. Im KWO, unserem Betrieb, waren in mehreren Abteilungen die bereits genannten Handzettel aufgefunden worden, auf Arbeitsplätzen, an schwarzen Brettern. Einzelne Provokateure waren durch den Betrieb gezogen und hatten die Arbeiter zum Streik aufgefordert. Ein

Teil der Kollegen hatte daraufhin den Betrieb verlassen und sich so der Arbeitsniederlegung angeschlossen. Einige waren gar nicht zur Arbeit gekommen, denn der Rias hatte pausenlos Aufrufe und Appelle gegen die DDR-Regierung verbreitet, zum Streik aufgefordert und wilde Gerüchte in die Welt gesetzt. Dadurch waren einige Arbeiter verängstigt und blieben bei ihren Familien zu Hause. In einer ganzen Reihe von Abteilungen wurde jedoch voll gearbeitet.

Auch unser Brigadier und der Materialzubringer waren nicht zur Arbeit erschienen. Wie sich später durch Untersuchungen herausstellte, hatte der Materialzubringer enge Verbindungen zum CIA, der Brigadier hatte jahrelang in Westberlin Schwarzarbeit verrichtet und war nun endgültig mit seiner Familie in den „goldenen Westen“ getümt. Die Parteigenossen, die sich im Parteibüro zu melden hatten, erhielten verschiedene Aufgaben. Es wurden Rundgänge durch den Betrieb organisiert, Posten für die Betriebstore gebraucht, Posten rund um das Betriebsgelände aufgestellt, Kuriere, die zu den Posten Kontakt hielten und anderes mehr. Die Betriebstore waren geschlossen worden. Eine kleine, schmale Pforte war geöffnet. Hier konnten Kollegen, sofern sie zum Betrieb gehörten, rein- und rausgehen. Die, die rein gingen, wurden bis zu ihrem Arbeitsplatz begleitet, die, die raus gingen, konnten ungehindert das Tor passieren. Es war Anweisung gegeben worden, sich nicht provozieren zu lassen und auch nicht mit den Demonstrierenden zu diskutieren.

Provokateure werden festgenommen

Während wir am 17. Juni vormittags noch beim Verteilen der Aufgaben waren, erhielt die Partei im KWO einen Anruf, dass Arbeiter aus Köpenicker Betrieben die Arbeit niedergelegt und sich in einem Demonstrationszug zusammengeschlossen hätten, der aus Köpenick über Oberschöneweide in Richtung Innenstadt demonstrieren würde. In Oberschöneweide lagen mehrere Großbetriebe, wo sie vorbeimarschieren mussten. Die Partei im KWO war so vorgewarnt. Es erfolgte nun die Anweisung, dass sich einzelne Genossen

und FDJler, nach Möglichkeit in Blauhemden und mit Parteiabzeichen, an den Straßenrand vor die Werkstore zu stellen hatten, um so Geschlossenheit zu demonstrieren. So standen wir, als der Zug am Betrieb KWO vorbei kam, drei junge Genossen im Blauhemd, ältere Parteigenossen in Windjacken und mit Parteiabzeichen, direkt an der Bordsteinkante. Vor dem Betriebstor hatten sich noch andere Parteigenossen aufgestellt. Es war ein Block von mehreren hundert Arbeitern, der uns entgegenkam. Die vorderen Reihen riefen Parolen wie „Nieder mit der Regierung“, „Nieder mit den Normen“, „Wir wollen freie Wahlen“ und ähnliche.

In den ersten Reihen wie auch an den Seiten marschierten eindeutig Provokateure und Drahtzieher. Sie stürzten sich auf uns und versuchten, uns die Blauhemden und die Abzeichen runter zu reißen. Doch in dem Moment stürzten aus der Pfortnerloge und aus den Reihen der Genossen, die vor dem Betriebstor standen, viele Genossen, ergriffen die Provokateure und zerrten sie in den Betrieb. Sie wurden in; Gewahrsam genommen und später abtransportiert. Die Demonstranten kümmerten sich jedoch nicht weiter um die, die in den Betrieb gezerrt wurden, sondern marschierten in Richtung Innenstadt weiter.

Ab mittags wurde dann durch den sowjetischen Militärkommandanten über Ostberlin der Ausnahmezustand



Aushang: Befehl des Militärkommandanten

verhängt. Der Befehl lautete:

Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13.00 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstigen Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen wird von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft Berlin, d. 17. Juni 1953 Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin Generalmajor Dibrowa.

Nachdem die Rote Armee eingegriffen hatte, beruhigte sich die Lage ziemlich schnell. Nach und nach kamen die Kollegen wieder in den Betrieb. War es am nächsten Tag noch ein erheblicher Teil, der zu Hause geblieben war und die Lage noch erst abwarten wollte, so erschienen sie in den Tagen danach wieder vollzählig, bis auf die, die sich nach Westberlin abgesetzt hatten. Die Kontrollen durch die Partei, durch die Arbeiterwehr, durch die Volkspolizisten, die Rundgänge im Betrieb wurden noch für eine gewisse Zeit aufrechterhalten. Ähnlich wie hier dargestellt, hat sich der 17. Juni in mehreren Berliner Betrieben abgespielt. Am Potsdamer Platz, in der Stalinallee und am Alexanderplatz waren die Ausschreitungen erheblicher. Neben Plünderungen, Brandstiftungen, dem Herunterreißen von roten Fahnen, den Zerstörungen von Parteibüros, von Verkehrseinrichtungen etc, hat es an der Grenze zu Westberlin leider Tote gegeben.

Aber wessen Schuld war das?

Die Hintermänner der faschistischen Provokation waren die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, die die sozialistischen Errungenschaften wieder rückgängig machen, die den Krupp, Flick und anderen Konzernherren ihr „Eigentum“ wieder zurückgeben wollten. Es war kein Zufall, dass kurz vor dem 17. Juni an den Börsen die Aktien der sogenannten „Ostwerte“ um eine ganze Reihe von Punkten emporkletterten. Die Konzernherren wussten, dass der „Tag X“ bevorstand. Es war auch kein Zufall, dass unmittelbar nach dem Scheitern der Provokation Adenauer und Konsorten große Trauerfeiern veranstalteten und Unternehmerverbände Hunderttausende von Mark für die sogenannten Opfer des Putsches zur Verfügung stellten.

Eine Kluft zwischen der Partei und den Massen

Es kann aber ebenso kein Zweifel darüber bestehen, dass in der DDR am 17. Juni eine Kluft zwischen Partei und Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vorhanden war, die nach dem 17. Juni noch vergrößert wurde. Die große Mehrheit der Arbeiter der DDR hatte sich nicht provozieren lassen, hatte die Arbeit nicht niedergelegt. Insgesamt waren es sechs Prozent der fünf Millionen Arbeiter und Angestellten. Viele haben sich auch nur stundenweise beteiligt. Die große Mehrheit stand trotz der enormen Hetze, der Agentenarbeit und faschistischen Provokationen, trotz ihrer schweren Lage hinter ihrem sozialistischen Staat. Und auch von den 300.000, die da demonstrierten und streikten, war nur ein verschwindend geringer Teil reaktionär und gegen den Sozialismus eingestellt. Sie waren ganz einfach zu Recht empört.

Um so unverschämter und heuchlerischer war es, als sich Herbert Warnke, ZK-Mitglied der SED, Vorsitzender des FDGB, im August 1953 auf dem FDGB-Kongress hinstellte und zum 17. Juni folgendermaßen Stellung bezog: „Auch Hitler gelang es bekanntlich, gewisse rückständige Schichten der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen“.

Oder „Die Werktätigen, die am 17. Juni demonstrierten und sich an Arbeitsniederlegungen beteiligten, sind auch der internationalen Arbeiterklasse in den Rücken gefallen“. Voller Zynismus schlug auch Kurt Barthel, genannt Kuba, Paradepony unter den DDR-Schriftstellern und damals Sekretär des Schriftstellerverbandes, die gleichen Töne wie die Gewerkschaft gegen die Arbeiter an. In einem Artikel an die Bauarbeiter der Stalinallee schrieb er: „Ihr zogt in schlechter Gesellschaft durch die Stadt. Ihr zogt mit dem Gesindel, das, von den großen Weltbrandstiftern gedungen, schon die Benzinflasche in der Tasche trug, mittels denen sie morgen eure Baugerüste anzünden würden. Das wolltet ihr nicht. Aber als es geschah, ließt ihr es zu...“ „Als wenn man mit der flachen Hand ein wenig Staub vom Jackett putzt, fegte die Sowjetarmee die Stadt rein. Ihr aber dürft wie gute Kinder um neun Uhr abends schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee

und die Kameraden der Deutschen Volkspolizei. Schämt ihr euch auch so, wie ich mich schäme? Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig auch sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird. Zerstörte Häuser reparieren, das ist leicht. Zerstörtes Vertrauen wieder aufrichten ist sehr, sehr schwer.“

Was heißt das? Wieder einmal hat die Arbeiterklasse schuld, nicht die Fehler der Regierung, nicht die Fehler der Partei haben zu den Protesten beigetragen, nicht Bürokratismus, nicht Schlendrian, nicht Korruption und Bestechung riefen schlechte Versorgung und Empörung hervor, sondern die Arbeiterklasse hat sich diese Misere selbst in die Schuhe zu schieben. Kein Wort der Selbstkritik, kein Wort zu den eigenen Fehlern, keine Taten.

Denn Taten, das hätte Säuberung der Partei bedeutet, die Säuberung von Karrieristen und Bürokraten, hätte die Anhörung der Kritiken bedeutet, der Kritiken der Arbeiterklasse, hätte die selbstkritische Stellungnahme zu den eigenen Fehlern erfordert. Nichts in dieser Richtung wurde verbessert. Stattdessen wurden die Kritiken der Basis mehr denn je unterdrückt, wurden Arbeiter, die es nur wagten, Bürokratismus und Korruption aufzudecken, als Agenten und Provokateure, als „Anhänger des faschistischen Putsches vorn 17. Juni“ verschrien.

Agent - da wurde nach dem 17. Juni so ungefähr jeder verdächtigt. Das Misstrauen wuchs, untereinander, in der Partei und außerhalb. Und viele Parteileute benahmen sich nach dem 17. Juni gegenüber den Arbeitern wie Kuba: arrogant und zynisch. Und es war wirklich so: trug man das Blauhemd oder das Parteiabzeichen, hatte man Macht. Das Verhältnis zwischen der Partei und den Arbeitern wurde nicht besser. Im Gegenteil. Tauchte man irgendwo mit dem Blauhemd oder dem Parteiabzeichen zwecks Agitation im Betrieb auf, machten viele Arbeiter einen Bogen oder verhielten sich im Gespräch äußerst zurückhaltend. In der Brigade bekamen wir zwei Parteigenossen auch oft Schwierigkeiten und wurden scheel angesehen, denn immer mehr riss es ein, dass wir von der Arbeit freigestellt wurden, um für die Partei oder für die FDJ Arbeiten zu verrichten oder an Konferenzen teilzunehmen oder anderes.

Bei all diesen Zuständen war es kein Wunder, dass in der Folge, besonders in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, immer mehr Arbeiter die DDR verließen. Das, was den Konzernherren und Großgrundbesitzern 1953 durch die Inszenierung ihres faschistischen Putsches nicht gelang, die DDR in einen kapitalistischen Ausbeuterstaat zurückzuverwandeln, wurde Jahre später durch die revisionistische Politik der Ulbricht-Regierung selber erreicht: die erste Diktatur des Proletariats, der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden gehört der Vergangenheit an.

Bertolt Brecht, der bekannte kommunistische Schriftsteller, schrieb zum 17. Juni 1953 ein kleines Gedicht:

**Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, dass das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne.
Wäre es da nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und Wählte ein anderes?**

Über den Autor: Fiete Jensen, Tischler, Kommunist in der Roten Garde und der KPD/ML (KPD), Jugendvertreter, Betriebsrat, Werftarbeiter, Berufs-Verbotener, Zwangsselbständiger, leitender Mitarbeiter in der linken außerschulische Jugendbildung, Redakteur und Webdesigner ist heute im Vorruhestand und fordert Andere mit seinen Texten und Aktionen immer wieder aus der Reserve.
